Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3894. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 51. [47. Jahrgang.] Sonnabend den 29. Februar 1908. [47. Jahrgang.] Nr. 51.

Berlin, den 28. Februar.

Politischer Tagesbericht.

Gegenüber abweichenden Preßnachrichten stellen wir hiermit folgendes fest:

Der im Einvernehmen mit der Königlich preußischen Regierung im Reichsamte des Innern ausgearbeitete **Gesetzentwurf über Arbeitskammern** ist unter dem 1. Februar 1908 im Bundesrat eingegangen und wurde allen verbündeten Regierungen zugestellt. Keiner der Bundesregierungen ist dieser Entwurf früher als zu diesem Zeitpunkte mitgeteilt worden.

Nach der Mitteilung an die Bundesregierungen ist am 4. Februar der Entwurf durch den Reichsanzeiger veröffentlicht.

Unbeirrt durch mehrfache Richtigstellungen behauptet der Temps in einer aus Rabat datierten Korrespondenz aufs neue, der dortige deutsche Vizekonsul Neudörfer habe sich nach der Ausrufung Mulay Hafids in Fez den Sultan Abdul Asis zu überzeugen bemüht, daß er von Frankreich keine Hilfe zu erwarten hätte, und habe ihn bewegen wollen, den deutschen Gesandten zu sich nach Fez zu berufen. Der Sultan habe sich jedoch geweigert. Später habe Herr Neudörfer eine Unterredung mit Ben Sliman gehabt, und kurz darauf sei eine Depesche des Gesandten Rosen eingetroffen, des Inhalts, daß die deutsche Regierung, entsprechend der Bitte des Sultans, der französischen Regierung wegen der Ueberschreitung der Zwölfkilometergrenze bei ihren militärischen Unternehmungen in der Umgegend von Casablanca Vorstellungen gemacht habe.

Diesen Mitteilungen gegenüber können wir uns im Anschluß an frühere Darstellungen des Sachverhalts auf die Bemerkung beschränken, daß der Temps mystifiziert worden ist. Den Beweis für die Unrichtigkeit der obigen Angaben wird ein Weißbuch über die Vorgänge in Marokko erbringen, das sich in Vorbereitung befindet.

Rundschau im Auslande.

In der heute erschienenen Märznummer der New Yorker Monatsschrift „North American Review" veröffentlicht der deutsche Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg einen längeren Artikel, betitelt: **Die Wahrheit über die deutsche Expansion.** Er widerlegt darin die von Zeit zu Zeit im Umlauf gesetzten Mißdeutungen, daß Deutschlands Absichten auf die politische Integrität Hollands und Belgiens habe, und setzt die wahren politischen Ziele Deutschlands auseinander.

In der Einleitung des Artikels bemerkt der Botschafter: Besonders in den letzten zwei Jahren konnte die Beobachtung gemacht werden, daß eine Anzahl Blätter des westlichen Europas Nachrichten in Umlauf setzte, daß die Unabhängigkeit der beiden kleinen Staaten Holland und Belgien infolge des angeblich in Deutschland herrschenden Kriegsgeistes und der Sucht nach Gebietserweiterung bedroht sei. Die Meldungen, auf die ich Bezug nehme, suchen auch das Interesse des amerikanischen Volkes durch die Behauptung zu gewinnen, daß die Absicht Deutschlands, die Niederlande zu erwerben, dem Gleichgewicht Europas, Territorium in der westlichen Hemisphäre zu besitzen. Die Insel Curaçao im Karibischen Meere wird als fländiger Gegenstand unserer Begehrlichkeit hingestellt. Sollte Deutschland, so wird ausgeführt, mit der Annektierung der Niederlande Erfolg haben, so werden ihre Kolonieen das Schicksal des Mutterlandes teilen.

Weiter sagt dann der Botschafter: Selbst solche Staatsmänner, welche die in die Augen fallende Tatsache nicht ableugnen können, daß der Deutsche Kaiser ein eifriger Befürworter der Friedensbewegung ist, daß die deutsche Regierung seit 37 Jahren, das heißt seit dem großen nationalen Kampf der Jahre 1870—1871, nach Frieden gestrebt hat und in der Richtung der Expansion weniger rührig gewesen ist als irgend ein anderes Land, daß die deutsche Nation keinen anderen Wunsch hat, als friedlich ihren eigenen Geschäften nachzugehen. Selbst solche Staatsmänner glauben oft oder geben sich den Anschein, als glaubten sie, daß Deutschland trotz seiner Friedensliebe schließlich durch die Gewalt von Umständen oder der logischen Entwicklung zu einer Annexion Hollands und des flämischen Teiles von Belgien gezwungen werden werde.

Der Botschafter erklärt dann, daß es unwahr ist, daß kolonniale Expansion für Deutschland eine notwendige Folge seines industriellen Wachstums sei. Deutschland brauche keine weiteren Kolonieen; was es verlange, sei freier Wettbewerb auf allen Meeren, die „offene Tür" und das Recht, mit allen industriellen und kommerziellen Nationen als Gleichberechtigte an der Eröffnung neuer Weltmärkte mitzuwirken. Infolgedessen sei das Prinzip der offenen Tür das Leitmotiv der auswärtigen Politik Deutschlands. Es sei der rote Faden, der sich durch die tatsächliche, die orientalische und marokkanische Politik des Deutschen Reiches ziehe.

Der Botschafter weist dann nach, daß wirtschaftliche, strategische und politische Gründe sogar gegen eine Annexion Hollands sprechen. So würde die Vereinigung mit Holland bewirken, daß dessen Bieh im westlichen Deutschland das aus Ostdeutschland kommende Vieh-Markte verdrängen würde, während Holland selbst keine Rohstoffe hervorbringe, die Deutschland benötige. Ebenso würde bei einer Annexion Belgiens die mächtige belgische Eisenindustrie den gegenwärtig durch Zölle geschützten deutschen Inlandsmarkt zu erobern trachten. Daß die Rheinmündung holländisch sei, berühre Deutschland nicht, da der Verkehr auf dem Strom frei sei und gemäß den Verträgen zwischen den beteiligten Staaten frei bleiben werde. Auch strategische Gründe sprächen dagegen. Die Kriege Englands und Deutschlands gegen Ludwig XIV. und Napoleon seien wohl auf niederländischem Boden ausgekämpft worden, aber wenn entgegen aller Erwartung der Friede auf dem Kontinente je gestört werden sollte, liege England nicht in der geographischen Kriegsschauplatze. Daß Holland jemals an einer feindlichen Aktion gegen Deutschland sich beteiligen würde, könne nur von jenen angenommen werden, die von der Stammesverwandtschaft, dem historischen Zusammengehörigkeitsgefühl und den gemeinsamen Interessen beider Nationen keine Ahnung hätten. Abgesehen davon, daß die Annexion irgend eines Landes für die einzelnen deutschen Bundesstaaten den Anlaß bilden könnte, die Forderung einer Reorganisation des Bundesrates aufzustellen, seien es kulturelle und geistige, zur Tradition gewordene enge Beziehungen, welche die deutschen Annexionsgelüste zu einem mehr in Holland noch in Belgien erfundenen Ammenmärchen stempeln. Namentlich Deutschland und Holland besäßen eine gemeinsame Geistesgeschichte, und jedes Blatt der holländischen Geschichte zeige denselben unlöschbaren Freiheitsdurst, der auch die Deutschen beseele.

Der Artikel schildert dann die für Holland so erspriessliche Haltung Deutschlands in den Jahren 1814 und 1830 und in den sechziger Jahren, als Napoleon III. niederhoffte, den Fürsten Bismarck vorsichtig, daß er sich um die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht kümmern wolle, wenn ihm in Belgien freier Spielraum gelassen würde. Ohne ein Sedan wäre Belgiens Unabhängigkeit verwirkt gewesen. Die grundlose Furcht vor der Annexion sei vielleicht ein Nachklang der Jahre 1870 und 71, als Deutschland, vormals eine quantité négligeable, plötzlich als mächtiges geeintes Reich dastand, und die Besorgnis eines Mißbrauchs der neu gewonnenen Macht in vielen sich regte. Heute aber beständen solche Befürchtungen weder in Belgien noch in Holland, und die beste Widerlegung der behaupteten Annexionsgelüste sei die Tatsache, daß der „deutsche Popanz" nicht „made in Holland and Belgien", sondern ein importierter Artikel sei.

Zur **marokkanischen Frage** wird berichtet:

Paris, 27. Februar. Eine offiziöse Mitteilung über den Beschluß, die Verstärkungen, die schon jetzt bereitgehalten werden, somit diejenigen, die nach Marokko abgehen könnten. Diese Verstärkungen betrügen höchstens 2000 bis 3000 Mann betragen würden, sollen zu zwei Dritteln den Besatzungen Algeriens und zu einem Drittel den Besatzungen von Tunis entnommen werden.

Admiral Phillibert telegraphiert, daß der Gouverneur von Mazagan sich geweigert hat, seine Garnison Mulay Hafid zuzuführen. Hierauf hat dieser die fremden Konsuln in einem Rundschreiben aufgefordert, entweder dafür zu sorgen, daß die Truppen des Maghzen Mazagan räumen, oder daß die Ausländer sich vorsichtshalber in ihren Wohnungen aufhalten, da er beabsichtige, die Anhänger Abdul Asis zu strafen.

Paris, 28. Februar. Eine offiziöse Mitteilung besagt, daß gegebenenfalls auch die Zahl der an der marokkanischen Küste kreuzenden französischen Schiffe vermehrt werden solle. Das in Saffi stationierte Kriegsschiff habe den Zweck, erforderlichenfalls die Europäer an Bord zu nehmen. Es ist fraglich, ob General d'Amade, der Brigadegeneral ist, nach Abfindung der Verstärkungen den Oberbefehl über das Expeditionskorps wird beibehalten können, da dieses dann über 10 000 Mann stark sein wird. Der Umstand, daß General Lyautey, der die Expedition gegen die Beni Snassen glücklich zu Ende geführt hat, gestern aus Algier nach Paris abgereist ist, wird dahin ausgelegt, daß die Regierung ihm den Oberbefehl über die Truppen in Marokko zu übertragen beabsichtige. Petit Parisien glaubt, die Regierung werde den im Senat und in der Deputiertenkammer abgegebenen Erklärungen so genau treu bleiben, daß über die neugeplanten Maßnahmen eine Mitteilung an die fremden Mächte überflüssig erscheine.

Die Beteiligung Spaniens an der dem Sultan Abdul Asis gewährten Anleihe beträgt nicht, wie gemeldet, 50 000 Fr., sondern 500 000 Fr.

Laut einer Meldung aus Lissabon gab der **Staatsrat** in Uebereinstimmung mit der Resolution der Regierung seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Dekrete Franco über die Auflösung der Kammer, über die Reform der Pairskammer und über die Regelung der dem königlichen Hause aus dem Staatsschatz gewährten Vorschüsse für unzeitig zu erklären seien. Ein neues Dekret löst die Deputiertenkammer den Bestimmungen der Verfassung gemäß auf und beruft die Wahlkollegien auf den 5. April zusammen. Die Freunde Francos werden davon Abstand nehmen, sich an dem nächsten Wahlkampfe zu beteiligen.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Saloniki: Wegen angeblicher Beteiligung an der **jungtürkischen Bewegung** wurden 7 Offiziere verhaftet, was in militärischen Kreisen große Erregung hervorrief.

In der gestrigen Sitzung des **ungarischen Abgeordnetenhauses** hielt Minister Apponyi eine Rede über die Reform der Hausordnung und wies darauf hin, daß das Parlament sehr viel an Ansehen verloren habe, leidens es hinsichtlich der Gefahr der Obstruktion, die schon zehn Mitglieder erfolgreich versuchen können, heimgesucht werde. Redner erklärte, er habe sich schwer entschlossen, in das Kabinett einzutreten; er habe vorausgesehen, daß er persönlich viel, insbesondere viel an Popularität verlieren werde. Obwohl das Kabinett bemerkenswerte Erfolge errungen habe, so sei doch naturgemäß die Wirklichkeit hinter dem glänzenden Bilde zurückgeblieben, welches die Begeisterung sich ausgemalt habe. Das Kabinett, dessen Mitglieder solidarisch seien, fühle sich doch der moralischen Pflicht enthoben, auf seinem Platz auszuharren, wenn die Majorität schwankend, zersplittert und nicht im stande sei, der Regierung wirksame Unterstützung zu bieten. Apponyi schloß: Ich sage offen, daß ich nur kraft des Vertrauens des Abgeordnetenhauses an meinem Platz bleiben will. Niemals werde ich mich jedoch launenhaften Eingebungen einzelner Mitglieder unterwerfen. Mir ist es unmöglich, mit einem Parlament zu regieren, das infolge abergläubischer Verehrung der heiligen und unverletzlichen mit Unrecht als freisinnig gepriesenen Hausordnung der vollständigen Zerrüttung zu verfallen droht. (Stürmischer Beifall.) Farkasházy (Dissident) beantragte hierauf mit Rücksicht auf den Zerfall der Majorität und auf den krisenhaften Zustand, die Sitzungen des Hauses zu vertagen. Ugron erklärte, die Dissidenten mögen auf das Wort verzichten; die Abstimmung werde Klarheit schaffen, daß die Regierung über eine große Majorität verfüge. Kossuth bemerkte darauf, die Regierung werde nicht zögern, die Sitzungen zu vertagen, falls die Lage dies irgendwie motivieren würde. Der Vertagungsantrag wurde hierauf mit großer Majorität abgelehnt.

Die **italienische Deputiertenkammer** brachte gestern die Beratung des Antrages Bissolati zum Abschluß. Ministerpräsident Giolitti verteidigte gegenüber dem Antrage Bissolati und dessen Anhängern den Standpunkt der Regierung. Diese dürfe es nicht dahin kommen lassen, daß die vielen Familienväter, die für ihre Kinder Religionsunterricht wünschen, der Schule gegenüber eine feindliche Haltung einnehmen; dies würde zum Analphabetismus führen. Giolitti erklärte den Antrag Bissolati für einen vergeblichen Versuch, das italienische Volk in der Religionsfrage zu entzweien, denn das Volk betrachte Klerikale und Antiklerikale gleicherweise als seine Feinde. Der Minister erklärte dann, daß die Regierung den Abänderungsantrag Moschini nicht billigen könne. Der Antrag lautet: Die Kammer betrachtet den Staat als nicht zuständig, irgend einen dogmatischen Unterricht vorzuschreiben, und ist der Ansicht, daß solch ein Unterricht in den öffentlichen Elementarschulen keine Stätte finden kann. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 389 gegen 106 Stimmen der äußersten Linken abgelehnt.

Hierauf kam der Antrag Bissolati zur Abstimmung. Der Antrag lautet: Die Kammer fordert die Regierung auf, den Laiencharakter der Elementarschulen zuzusichern; zugleich wird verboten, in den Elementarschulen in irgend einer Form, welche es auch sei, Religionsunterricht zu erteilen. Der Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Im **englischen Unterhause** brachte gestern der Kanzler der Schatzkammer Asquith das angekündigte Gesetz über die Schankkonzessionen ein, das eine durchgreifende Reformmaßnahme bedeutet.

Die Zahl der Schankkonzessionen in ganz England soll zwangsweise innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf ein einheitliches Maß zurückgeführt werden, wobei ein Verhältnis der Schankkonzessionen zur Größe der Bevölkerung zu Grunde gelegt und dieses Verhältnis nach dem Charakter des Bezirks verschieden festgesetzt wird. Asquith führte aus, daß nach seiner Schätzung durch das Gesetz etwa 30 000 Schankkonzessionen würden aufgehoben werden, für welche innerhalb eines auf vierzehn Jahre bemessenen Zeitraumes eine Entschädigung gezahlt werden soll, und zwar aus Mitteln, die den Besitzern der weiter bestehenden Konzessionen aufzuerlegen hätten. Das Gesetz bringt den Grundsatz zur Geltung, daß den Gemeindeverwaltungen das Recht zur Bewilligung neuer Schankkonzessionen gewährt werden soll, und trifft zahlreiche Bestimmungen über Schließung der Klubs an Sonntagen und andere Fragen der Konzessionserteilung.

Das Gesetz wurde in erster Lesung angenommen. Die Torien und die Arbeiterpartei billigten im allgemeinen die Maßnahmen des Gesetzes, während die Konservativen einschließlich Balfours dagegen sprachen. Den Hauptpunkt der Meinungsverschiedenheiten bildeten die Festsetzung des Zeitraumes, innerhalb dessen die zwangsweise Einschränkung der Zahl der Konzessionen zu erfolgen hätte, sowie die auf die Klubs bezüglichen Bestimmungen.

Die **französische Deputiertenkammer** setzte gestern die Beratung über den Entwurf des Einkommensteuergesetzes fort. Finanzminister Caillaux erklärte, es sei endlich an der Zeit, die Besprechung der Artikel des Entwurfs in Angriff zu nehmen. Da die vier direkten Steuern ein Ganzes für sich bildeten, sei es unmöglich, etappenweise vorzugehen. Ein solches Vorgehen würde Ungerechtigkeiten im Gefolge haben. Nach stürmischer Debatte und nachdem Finanzminister Caillaux das Amendement Aimond auf Verschmelzung der beiden ersten Artikel des Einkommensteuergesetzentwurfs — Aufhebung der vier direkten Steuern und Ersetzung derselben durch eine allgemeine Einkommensteuer in Verbindung mit einer vom Einkommen des Familienoberhauptes zu erhebenden Zuschlagsteuer — einer abfälligen Kritik unterzogen hatte, wurde das Amendement Aimond mit 386 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Jaurès stellte hierauf fest, daß die Gesamtanordnung des Gesetzentwurfs nicht alteriert werde durch gewisse notwendige Verbesserungen, und sah hervor, daß der Gesetzentwurf Caillaux liberaler sei als das preußische Einkommensteuergesetz. Redner wird die Einleitung einer Enquete über die Trust- und Kartellbildung in der französischen Industrie fordern, deren Verhältnissen das alte Patentsystem sich nicht mehr anpasse. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Hof- und Personalnachrichten.

Se. Majestät der Kaiser besuchte heute vormittag den Reichskanzler und folgte später einer Einladung des Generals der Infanterie Beseler zur Frühstückstafel.

---

* Gestern abend fand bei Ihren Majestäten im Elisabeth-Saal des Königlichen Schlosses eine Tafel statt, zu welcher die Damen und Herren der jetzigen und früheren Umgebungen der Majestäten Einladungen erhalten hatten (etwa 70 Gedecke). Es wurde an einzelnen Tischen gespeist. Am Tische der Majestäten saßen diese Einander gegenüber. Se. Majestät der Kaiser saß zwischen der Kronprinzessin und der Prinzessin Viktoria Luise, Ihre Majestät die Kaiserin zwischen dem Kronprinzen und dem Generalfeldmarschall v. Hahnke. An dieser Tafel hatten außerdem Platz genommen Oberhofmarschall Graf Eulenburg, Hofstaatsdame Frl. v. Gersdorff, Generalleutnant z. D. v. Kronigk, Oberhofmeister Frhr. v. Mirbach, Hofstaatsdame Gräfin Keller, General der Infanterie v. Kessel, Oberjägermeister vom Dienst Frhr. v. Heintze, Generalleutnant z. D. v. d. Lancken, General der Kavallerie von Pfuel, Oberhofmeisterin Gräfin v. Brockdorff.

---

* Der Ober-Hof- und Hausmarschall Graf A. zu Eulenburg läßt folgende Ansage ergehen:

Am Dienstag, den 3. März d. J., wird bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Majestäten im Weißen Saale des Königlichen Schlosses hierselbst ein Ball stattfinden, zu welchem die Einladungen durch die Hoffurière und durch Karten erfolgen. (Es wird dringend ersucht, im Behinderungsfalle die Absage umgehend an das Ober-Hofmarschallamt gelangen lassen zu wollen.)

Die Damen erscheinen in langen ausgeschnittenen Kleidern (keine viereckigen Ausschnitte und keine langen Aermel), mit hellen Glacéhandschuhen, die Herren von Zivil in Gala mit weißen Unterkleidern (Kniehosen, Schuhe und Strümpfe), die Herren vom Militär im Hofballanzuge, mit Ordensband.

Diejenigen Herren, welche zur Anlegung einer Uniform nicht berechtigt sind und demnach früher im schwarzen Frack und weißer Krawatte erschienen, haben nunmehr die Befugnis, das vorgeschriebene Dôlleib zu tragen.

Für die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften ist die Ankunft gegen 8½ Uhr vom Lustgarten der durch Portal Nr. 5 bei der Wendeltreppe und die Vorfahrt im Lustgarten innen.

Die Diensten Hof, die Ober-Hof-, die Ehr-Ober-Hof- und die Hofdamen, die Generaladjutanten, die Generale und Admirale à la suite und die Flügeladjutanten Sr. Majestät, der Minister des Königlichen Hauses und der Geheime Kabinettrat, sowie die Gefolge der Allerhöchsten und der Höchsten Herrschaften nehmen dieselbe Ankunft und Vorfahrt um 8½ Uhr im Königsschloß, die Damen werden in die bestimmte Galerie ein. Alle anderen Gäste sind zu 8 Uhr eingeladen.

Die Vorfahrt ist: für die Fürsten, die Mitglieder des diplomatischen Korps und die Exzellenzen-Damen und -Herren vom Lustgarten her durch Portal Nr. 5 bei der Wendeltreppe, für die Damen — soweit sie nicht zu den vorstehend bezeichneten Gästen gehören — und die sie begleitenden Herren vom Lustgarten her im Portal Nr. 4, bei der Theaterreppe, von wo Eintritt durch den Kapitelsaal genommen wird, und für die anderen Herren vom Zivil und Militär von der Schloßfreiheit her durch Portal Nr. 3 bei der gegenüber der Wache belegenen Höllentreppe (Eintritt durch die Bildergalerie).

Die Versammlung ist: für die Prinzen und die Prinzessinnen aus neufürstlichen souveränen Häusern, sämtliche Damen, die Chefs der fürstlichen und ehemals reichsständischen gräflichen Häuser, die Diplomaten, die Exzellenzen und die tanzenden Herren im Weißen Saale; die anderen eingeladenen Herren in der Weißen-Saal- und in der Bildergalerie. Die noch vorzustellenden Damen versammeln sich im Ausbau der Bildergalerie (früheres Königinnengemach). Um 10½ Uhr wird ein Souper stattfinden, und zwar im Marinesaal und im Königinnenzimmer: für die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften und für diejenigen Eingeladenen, denen es besonders angesagt werden wird; in der Schwarzen-Adlerkammer und der Roten-Samtkammer: für die Hofstaaten; im Garde-du-Corpssaale und den anliegenden Räumen: für die tanzenden Damen und Herren und alle eingeladenen jüngeren Herren (Zugang eine Treppe tiefer über die Weiße-Saal-treppe); im Braunschweigischen Saal, in der Braunschweigischen Galerie, in der Braunschweigischen Kammer, in den Königin-Elisabeth-Kammern und Wohnung und im Elisabeth-Saal: für die außerdem Eingeladenen.

Ende des Festes gegen 12½ Uhr.

Die Abfahrt ist nach Wahl bei der Wandeltreppe oder im Portal Nr. 4 bei der Theatertreppe in der Richtung nach dem Lustgarten, oder von der Bildergalerie aus über die Höllentreppe durch Portal Nr. 3 nach der Schloßfreiheit.

---

* Großfürst Wladimir von Rußland ist gestern abend hier eingetroffen.

---

* Bei dem deutschen Botschafter in Wien von Tschirschky sind vorgestern abend ein großes Wolffsches Telegramm zufolge, amerikanische und der japanische Botschafter, die Gesandten von Sachsen, Serbien, Griechenland und den Niederlanden, der Geschäftsträger von Bulgarien, die Vertreter der französischen und russischen Botschaft sowie viele andere hervorragende Persönlichkeiten.

---

* Der deutsche Botschafter in St. Petersburg Graf v. Pourtalès und seine Gemahlin empfingen gestern abend zum ersten Male die Hofgesellschaft und das diplomatische Korps. Der Botschafter war umgeben von den Herren der Botschaft; auch Militärbevollmächtigter General v. Jacobi wohnte dem Empfang bei. Die Vorstellung erfolgte durch den Oberzeremonienmeister des Kaiserlichen Hofes. Unter den Erschienenen befanden sich Ministerpräsident Stolypin, der Minister des Aeußern Iswolski und Finanzminister Kokowzow, die ebenso wie die anderen Minister mit ihren Damen erschienen waren, Staatssekretär Witte, der den Schwarzen Adlerorden angelegt hatte, ferner die Generaladjutanten, darunter Generaladjutant Baltanow, Hofminister Baron Frederiks, Senatschik, Arseniew, Maximowitsch, Strukow, Danilow und andere, der Oberhofmarschall Fürst Dolgoruki, der Oberzeremonienmeister Graf Hendrikow, der Hofmarschall Graf Benckendorff, Admiral Wyselago, Reichsratspräsident Akimow, Reichsdumapräsident Chomjakow, die ehemaligen Minister Fürst Chilkow und Graf Witte, Schwanebach, der Oberstallmeister Narischkin. Sehr zahlreich waren auch vertreten die Generale und Admirale, die Mitglieder des Reichsrats, die Senatoren mit ihren Damen. Das diplomatische Korps war vollzählig anwesend. Der Empfang nahm einen äußerst glänzenden Verlauf.

---

u. Prinzessin Heinrich XIX. Reuß j. L. ist aus Messersdorf in Berlin eingetroffen.

---

* Der Minister für Handel und Gewerbe Delbrück ist in dienstlichen Angelegenheiten von hier abgereist.

---

u. Der russische Staatssekretär Baron Budberg, Mitglied des Reichsrats, ist aus St. Petersburg in Berlin eingetroffen.

---

* In der St. Nikolai-Kirche zu Kiel wurde gestern mittag für den verstorbenen Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. v. Esmarch eine Trauerfeier abgehalten, zu welcher sich außer den Anverwandten die Dahingeschiedenen eine zahlreiche Trauergemeinde eingefunden hatte. Der mit kostbaren Blumenspenden reich geschmückte Sarg war vor dem Altar aufgestellt, umgeben von den Bannern der farbentragenden studentischen Verbindungen, sowie zahlreicher Vereine. Orgelspiel und Gemeindegesang leitete die ergreifende Feier ein. Generalsuperintendent D. Wallroth hielt die Gedächtnisrede. Nach abermaligem Gesang wurde der Sarg von 12 Unteroffizieren des 85. Infanterieregiments aufgehoben und zum Leichenwagen gebracht, worauf sich der Zug unter Vorantritt des Kampfgenossen von 1848 und anderer Vereine nach dem Friedhof Eichhof in Bewegung setzte. Die studentischen Korporationen, Deputationen und viele Leidtragende folgten. Im Laufe des Vormittags hatte Prinz Heinrich von Preußen im Auftrage des Kaisers und der Kaiserin zwei herrliche Kranzspenden am Sarge des Verewigten niedergelegt.

Deutsches Reich.

* Vom **Bundesrat** ist in der Sitzung am Donnerstag dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung usw. die Zustimmung erteilt worden.

---

* Im Reichsgesetzblatt wird das Gesetz, betreffend die Bestrafung der **Majestätsbeleidigung**, in der neuen Fassung veröffentlicht, die ihm Bundesrat und Reichstag gegeben haben. Es trägt das Datum des 17. Februar 1908 und lautet:

Für die Verfolgung und Bestrafung der in den §§ 95, 97, 99, 101 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Vergehen gelten nachstehende Vorschriften: Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 strafbar, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung böswillig und mit Vorbedacht begangen wird. Sind in den Fällen der §§ 95, 97, 99 mildernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnisstrafe oder die Festungshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden. Im Falle des § 95 kann neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bekleideten Aemter erkannt werden. Die Verfolgung verjährt in sechs Monaten. Ist die Strafbarkeit nach Abs. 2 ausgeschlossen, so finden die Vorschriften des vierzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuchs Anwendung.

---

* Nach dem jüngsten Berichte der **Staatsschuldenkommission** über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens betrug die Summe der am 1. April 1907 von den bewilligten preußischen Anleihen noch offenen Kredite insgesamt 1035,6 Millionen Mark. Der hauptsächlichste Teil des Betrages kam auf die Eisenbahnverwaltung, aber auch andere Verwaltungen waren daran beteiligt. So waren zu dem angegebenen Zeitpunkte für die Ansiedlung in Westpreußen und Posen noch 61,9 Mill. Mark offener Kredit vorhanden, für die Erweiterung des Hafens in Ruhrort 6,1 Millionen, für die Oder-, Spree-, Havel-, Weserstrom 52,1 Millionen, für Herstellung und Ausbau von Wasserstraßen 296,8 Millionen, für die Werbesserung der Wohnungsverhältnisse der staatlichen Arbeiter 22,2 Mill. Mark, für die Regelung des Hochwasser- usw. Verhältnisse an der oberen und mittleren Oder 10,2 Millionen Mark u. a. m.

---

* Die Stadtverordnetenversammlung zu **Elberfeld** hat am 25. d. den Oberbürgermeister beauftragt, eine Eingabe an den preußischen Landtag zu richten, das Einkommensteuergesetz wie folgt abzuändern:

1. Die Mindestgrenze des staatssteuerfreien Einkommens ist von 900 ℳ auf 1200 ℳ heraufzusetzen. — 2. Das steuerpflichtige Einkommen ist von Personen (für Arbeitsleistungen außer der ortsüblichen oder tatsächlich festgesetzten Arbeitszeit) bis zu einem Einkommen von 2000 ℳ sind außer Ansatz zu lassen. — 3. Der abzugsfähige Betrag für jedes gesetzlich unterhaltungspflichtige Familienmitglied ist auf 300 ℳ festzusetzen. — 4. Den Gemeinden ist das Recht zu geben, von den Einkommen bis zu 3000 ℳ geringere Zuschläge zu erheben als von den höheren. — 5. Das Gemeindesteuervorrecht der Beamten, Geistlichen und Lehrer ist dahingehend einer Entschädigung für die davon betroffenen Beamten aufzuheben.

---

* In der Donnerstagsitzung der **bayerischen Kammer der Abgeordneten** teilte Präsident Dr. Orterer mit, es sei eine Zuschrift des Koburger Landtages eingegangen, in der die Haltung des bayerischen Landtages gegenüber dem Reichsvereinsgesetz vollkommen gebilligt und dem Vorgehen begrüßt wird. Die landesrechtliche Vereins- und Versammlungsfreiheit müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

Die Allgemeine Zeitung schreibt: Dr. v. Orterer, der Präsident der bayerischen Abgeordnetenkammer, feiert am 1. März sein 25jähriges Jubiläum als Mitglied der Kammer. Da der 1. März in eine mehrtägige Sitzungspause fällt, wurde das silberne Parlamentarjubiläum im Landtagsgebäude bereits am 27. d. gefeiert.

Es liefen zahlreiche Glückwunschschreiben und Telegramme ein, und seitens der Mitglieder des Kammerdirektoriums und der Fraktions-